

EUROPA UND INTERNATIONALES



16. September 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

die „Konferenz zur Zukunft Europas“ ist in vollem Gange. Sie ist ein ergebnisoffener Prozess, in dem Bürger und Bürgerinnen, Sozialpartner und Zivilgesellschaft ihre Reformvorschläge einbringen sollen, damit die Europäische Union für die neuen Herausforderungen dieses Jahrhunderts gewappnet ist. Die [heutige Ausgabe](#) behandelt die Frage wie in Zukunft die Fiskal- und Geldpolitik in der EU gestaltet werden muss, um langfristigen Wohlstand mit soliden Staatsfinanzen in Einklang zu bringen. Investitionen in innovative Wirtschaft und gute Arbeit sowie Reformen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts sind nötig, um eine nachhaltige Finanzpolitik zu ermöglichen. Er bedarf daher einer Neuausrichtung auf einen voll ausgelasteten Arbeitsmarkt. Eine wesentliche Rolle kommt dabei der europäischen Arbeitsmarktpolitik zu.

An welchen Schrauben gedreht werden muss, lesen Sie [hier](#) .

Eine angenehme Lektüre wünscht
Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender



Wie in Zukunft europäische Arbeitsmarktpolitik und Staatsfinanzen an einem Strang ziehen können



DGB/Marian Vejckik/123RF.com

Die Corona-Krise hat den finanziellen Druck auf die Mitgliedstaaten erhöht. Gleichzeitig sind die öffentlichen Haushalte mit künftigen Herausforderungen wie stark beanspruchten Sozialversicherungssystemen in einer alternativen Gesellschaft und dem Klimawandel konfrontiert. Wir argumentieren, dass diese Herausforderungen nur bewältigbar sind, wenn wir unsere Staatsfinanzen neu ausrichten. Anstatt

uns kurzfristig auf die Minimierung des Haushaltsdefizits zu konzentrieren, sollte im Fokus stehen, was langfristig Wohlstand und solide Staatsfinanzen schafft: Investitionen in eine innovative Wirtschaft und gute Arbeit, die für das Leben zahlt. Damit das möglich wird, bedarf es einer Reform des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP). Denn nur wenn der auf einen vollausgelasteten Arbeitsmarkt ausgerichtet ist, sind langfristig nachhaltige Staatsfinanzen möglich.



[zum Beitrag](#)



Impressum

Verantwortlich

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand
Europa und Internationales
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon: +49 30.240 60-211, Telefax: +49 30.240 60-324
E-Mail: internationales (at) dgb.de

Verantwortlich

Reiner Hoffmann (Vorsitzender)

Rückfragen an

Andreas Botsch, Abteilungsleiter Europa und Internationales